

Peter Petersen: Fliegender Sand. Aus dem Leben eines Bauern-  
jungen für das Bauerntum im 20. Jahrhundert, Arenholzfeld  
1984, Selbstverlag, 132 S., Abb.

Die autobiographischen Notizen des Bauernsohns, Volksschullehrers, Kreisgeschäftsführers des Land- und Bauernbundes, Landwirtschaftsrates im Reichsnährstand auf Kreis- und Reichsebene und Bauern Peter Petersen beanspruchen schon als Dokument der Landwirtschaftsentwicklung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts Aufmerksamkeit. Denn es kann erwartet werden, daß hier neue Aufschlüsse über die politischen Strömungen und geistigen Haltungen der schleswig-holsteinischen Landbevölkerung in krisenhaften Zeiten gewonnen werden können. Diese Erwartung wird bestärkt, wenn man auf der 2. Seite erfährt, daß Petersen der Stifter der "schwarzen Bauernfahne von Neumünster" war - einem der Symbole des bäuerlichen Widerstandes am Ende der Weimarer Republik.

Spannend und aufschlußreich beginnt das Buch. Petersen berichtet über seine unmittelbaren Vorfahren und deren schwerem landwirtschaftlichen Existenzkampf auf den extrem armen Böden der schleswigschen Geest am Ende des vorigen Jahrhunderts. Auch seine Jugenderinnerungen - er war zweites unter acht Kindern - lesen sich sehr gut. Die wirtschaftliche Rückständigkeit des südwestlichen Teiles des Sandergebietes der schleswigschen Geest wird für den Leser überaus plastisch deutlich.

Im zweiten Teil der Erinnerungen wird es dann schon problematischer. Stark mischt sich die Ende der 20er Jahre entwickelte und auch heute noch wirksame Ideologie des Verfassers zwischen die Zeilen. Peter Petersen machte eine Ausbildung zum Volksschullehrer durch: Zunächst auf der Kappeller Präparate, dann auf dem Eckernförder Seminar. Wandervogelbewegung und Grenzkampf sind die beiden Leitmotive dieser Zeit. Am Ende: Lehrerarbeitslosigkeit. Petersen kämpfte sich mit Vortragsveranstaltungen durch, machte Landjugend- und Volkshochschularbeit im ländlichen Raum und näherte sich dem Reichslandbund, dessen Landwart er für die Provinz Schleswig-Holstein wurde. Als Landbundgeschäfts-

führer in Plön kam er mit der "Landvolkbewegung" in engeren Kontakt, lernte auch viele Landvolkkämpfer kennen. Petersen und sein damaliger Mitarbeiter Walter Muthmann entwarfen dann die Bauernfahne, die an einem Stock mit geradegeschmiedeter Sense angebracht wurde und deren gewaltsame Beschlagnahme in Neumünster zu einer schweren Konfrontation zwischen Polizei und monstrierenden Bauern führte. "Begrreiflicherweise hatte ich mich selbst", schreibt Peter Petersen, "ausgerechnet bei diesen Vorkommnissen mit meinem eigenen Auftreten zurückgehalten, um nicht in berufliche Schwierigkeiten zu gelangen." (63) Daran hatte er gut getan, denn in schwierigen Zeiten war ihm eine Volksschullehrerstelle seitens der verhaßten Republik lieber als sein schwankender Landbundjob. Ab 1.9.1929 wurde er Lehrer in Olpenitzdorf - nicht, ohne seine Arbeit im stillen fortzuführen. Im selben Jahr erschien unter dem Pseudonym Jürgen Schimmelreiter seine Kampfschrift "Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampf für Deutschlands Befreiung". Seiner Schilderung nach war sein politisches Engagement der Hauptgrund für seine Entlassung aus dem Schuldienst 1930; allerdings klingt auch an, daß seine 2. Prüfungsarbeit wohl nicht den Anforderungen entsprach, obwohl er damit versucht hatte, "sozusagen ein ganzes Erziehungsprogramm neu zu entwickeln" (68). Die folgende Arbeitslosigkeit nutzt Petersen als Agitator für die NSDAP. Als agrarpolitischer Redner zog er von Dorf zu Dorf und verdiente sich damit ein bißchen Geld für seine inzwischen begründete Familie. Überraschend konnte er auch wieder Geschäftsführer des Land- und Bauernbundes in Plön werden. Wegen einer "ganz gewöhnliche(n) Intrige eines Kollegen" wurde er vom Gauleiter Lohse mit dem Verbot der Ausübung eines Parteiamentes gemaßregelt. Doch dann: "Nach einiger Zeit wurde ich auch vom ... Land- und Bauernbund nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mit in den Reichsnährstand übernommen, dieses Mal in der Funktion eines Kreisstabsleiters, kein Parteiamt, sondern als Leiter der Kreisdienststelle des Reichsnährstandes..." (71). Hier blieb er bis 1938, dann wurde nach dem Einmarsch in Österreich seine Arbeit in Kärnten für nötig erachtet. Hier mußte die Anpassung an die Gegebenheiten der Agrarpolitik des Nationalsozialismus vollzogen werden. Der Aufenthalt in Plön nach der Rückkehr war nicht von langer Dauer. Schon zum 1.1.1939 übernahm Petersen ein Referat im Amt des Reichsbauernführers in Goslar, dann nach Kriegsausbruch in Berlin. Er befaßte sich mit "Einzelbetreuung und bäuerliche(r) Hof- und Arbeitsgemeinschaft", hatte also nicht nur mit Bauern, sondern auch mit Landerarbeitern zu tun, deren Einbindung in die bäuerliche Gemeinschaft im besonders am Herzen lag. Der Krieg machte - mit Unterbrechungen beim Reichsbauernführer - auch seine Kriegsausbildung wünschens-

wert. Petersen kam zur Fla-Truppe und "wäre (beim Endkampf um Berlin) auch gerne Kampftruppführer geworden", (87) doch als die Lage aussichtsloser wurde und er in russische Gefangenschaft geriet, setzte er sich ab. "Die Nachricht vom Tod des Führers hatte (er) ... noch bei(seiner) ... Truppe mitgekriegt"(89). Wohl auch deshalb hatte er "über Nacht ganz graue Haare bekommen" (89). Seine Flucht führte ihn nach Arenholzfeld. Nach kurzer Gefangenschaft bei den englischen Truppen im Norden Dithmarschens, wohin man ihn nach seiner Meldung verbrachte, wurde Petersen als Landwirt ("Ein Offizierskamerad hatte mir den ausgezeichneten Vorschlag gemacht, bei der Angabe meiner Berufsbezeichnung Landwirtschaftsrat die Silbe 'rat' zu unterschlagen." (91)) entlassen. Petersen bewirtschaftete dann 5 Jahre den elterlichen Hof, da seine Brüder gefallen und seine Schwestern anderwärts verheiratet waren. 1951 wurde er "als 'Beamter zur Wiederverwendung' auf Grund des Art. 131 GG wieder in den Schuldienst berufen."(94) 20 Jahre war er dann als Lehrer und Schulleiter in Neubrend tätig. Nebenbei immer noch Landwirt und auch politisch nicht wenig aktiv. Zunächst als Mitglied der "Deutschen Partei" (DP), später der "Gesamtdutschen Partei" (GDP), nach deren Auflösung der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD), für die er 1967 bis 1971 im schleswig-holsteinischen Landtag saß.

Petersens Buch ist der Lebensbericht eines Unverbesserten. Geprägt durch deutschnationale Erziehung in Elternhaus, Schule und Seminar, beeinflusst durch die eigene Arbeitslosigkeit und die Krise der Landwirtschaft in den 1920er Jahren und geformt durch 12 Jahre aktive Nazimitarbeit, steht die Autobiographie von 1984 ihrem Gedankengut nach auf der Stufe von Weihnachten 1944. Petersens Auslassungen über die Zukunft des Bauern"tums", über die mittelständischen Familienbetriebe als Träger einer demographisch-ökologisch-kulturellen Erneuerung Deutschlands, die rechte Philosophie einer positiven Entwicklung des künftigen Deutschland tragen alle äußeren und inneren Merkmale faschistischer Ideologie. Seine Gewährsmänner sind Langbehn (der "Rembrandtdeutsche"), Spengler, Toynbee, Ruhland und Bismarck - Goethe nur am Rande und in immer wiederkehrende Formeln. Petersens Bewertung seiner "Jugendbewegtheit" und die Absetzung von der heutigen Protestjugend sprechen Bände: "Die Jugend wollte absolut noch zu neuen Ufern, wohl Protest, gar Rebellion, aber keine Zerstörung und innere Verwesung. Freiheit, aber mit innerer Bindung, nicht nur demonstrieren, sondern vielmehr auch marschieren, möglichst mit Fahnen, Wimpeln und Trommeln. Aussteiger und Chaoten kannten wir nicht, auch wollten wir keine politische Subkultur mit innerer und äußerer Verwahrlosung und langen Haaren."(45)

Petersen - in Geist und Ausdruck ein Vorgestirter. Seine

Autobiographie das erschreckende Bekenntnis des Zurückgebliebenen, Unbelehrbaren, Verkalkten. Und auch die ökologisch-grüne Würze, die dem braunen Süppchen beigemischt wird kann deren abscheulichen Geschmack nicht bessern. Und das schlimmste: Das "Bauernblatt" (Mitteilungsblatt des Bauernverbandes und Organ der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein) pries jüngst dieses Machwerk an und empfahl es seinen geduldigen Lesern zur Lektüre!

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

#### VI.: LESERBRIEF

Wir veröffentlichen einen Leserbrief des Kollegen Jörn-Peter Leppien aus Flensburg vom 30. Juni dieses Jahres.

Lieber Detlef Korte!

Mit der Aufnahme des Leserbriefes von Hans-Georg Pott in das Info Nr. 5, Seite 42 ist Dir als Redakteur dieses Publikationsorgans des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein ein höchst bedauerlicher Mißgriff unterlaufen.

Ich möchte dies kurz begründen(1.) und Pott's Leserbrief dann zum Anlaß nehmen, Dir einige allgemeinere Beobachtungen und Überlegungen in gemeinsamer Sache, jedenfalls andeutungsweise, mitzuteilen (2.).

1.: In dem Leserbrief von H.G. Pott wird die offizielle Deutschlandpolitik der Bundesrepublik als Fortsetzung nationalsozialistischer Kriegszielpolitik im Osten hingestellt; "die Regierung der Bundesrepublik" - betroffen sind alle Regierungen seit 1949 - habe "bis heute nicht den 'Marsch nach Osten' aufgegeben".

Pott zitiert in diesem Zusammenhang ein "Taschenbuch für Wehrausbildung" 1984. Es ist mir zwar - auch beim Leserbriefschreiber selbst - nicht gelungen, dieses Buch aufzutreiben, doch wird auch so recht klar, wie Pott zu seinem weitreichenden Urteil gelangt: Unsere offizielle Politik hält am Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes fest und unterrichtet die Soldaten der Bundeswehr entsprechend. Sie verfolgt daher "Kriegsziele" (sic!), "wobei die Grenzen beliebig erweiterbar (sind): Gdansk, Gebiet von Klaipeda, 'Sudetenland' etc."

So ungeheure Vorwürfe bedürfen - auch in einem Leserbrief - der näheren Begründung. Dabei müßte z.B. im einzelnen nachgewiesen werden, daß das von Pott zitierte Ziel einer "Wiedervereinigung aller Deutschen in Frieden und Freiheit" bei den verantwortlichen Politikern mit dem Willen verbunden ist, Waffengewalt zu seiner Erreichung einzusetzen. Es müßte gezeigt werden, daß dem Art. 26 des Grundgesetzes und dem in den Ostverträgen verbrieften Gewaltverzicht keinerlei praktische Bedeutung zukommt usw. usw. Über den Realitätsbezug der Wiedervereinigungshoffnungen, über den Sinn von Verteidigungstreitkräften im Zeitalter

atomarer Bewaffnung und über viele andere politische wie militärische Streitfragen läßt sich - an geeignetem Ort - ernsthaft diskutieren. Potts Behauptungen sind hingegen so abwegig, daß sie sich der empirischen Untermauerungen entziehen; sie bleiben daher, bestenfalls, eine bloße "Meinung".

Potts "Meinung" über den "Marsch nach Osten" damals und heute zeigt einen so offensichtlichen Mangel an elementarsten zeithistorischen Kenntnissen, daß ich mir hier eine Begründung ersparen kann. Da H.-G. Pott als Historiker eigentlich über solche elementaren Kenntnisse verfügen müßte, drängt sich die Befürchtung auf, daß das Info unseres wissenschaftlichen Arbeitskreises zur Verkündigung politischer Propaganda benutzt wurde. Diese Befürchtung wird dadurch nicht geringer, daß Pott's Zitate aus dem "Taschenbuch für Wehrausbildung" nach eigener Aussage (19.6.1985) aus einer Publikation des BwK übernommen wurden. - Dies wirft im übrigen ein bezeichnendes Licht auch auf das unzulängliche methodische Vorgehen des Verfassers.

Ich darf wohl davon ausgehen, daß für Deine Entscheidung, Potts Leserbrief in das Info aufzunehmen, allein Dein Bekenntnis zur Meinungsfreiheit maßgebend war. Dabei hast Du allerdings übersehen, daß es mit Zensur überhaupt nichts zu tun hat, wenn man im Organ eines wissenschaftlichen Arbeitskreises weder krasser Unzulänglichkeit noch politischer Propaganda Raum gewährt.

Gewiß, der Verfasser ist selbst dafür verantwortlich, wenn er sich durch seinen Leserbrief disqualifiziert. Du als Redakteur hast aber die Verantwortung dafür zu tragen, wenn durch derlei unverantwortliche Publikationen das Ansehen des Arbeitskreises Schaden erleidet und die bekanntlich bestehenden Zweifel an der wissenschaftlichen Seriosität einzelner Mitglieder genährt werden.

2. Potts Leserbrief ist aus meiner Sicht leider nicht nur ein einsamer Fehlgriff, über den man zur Tagesordnung übergehen könnte. Schon seit geraumer Zeit habe ich die Sorge, daß unsere gemeinsame Sache, nämlich die Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (und darüberhinaus) nicht immer sorgsam genug betrieben wird.

Gerade unter denjenigen, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus befassen, scheint die irriige Ansicht Platz zu greifen, bloßes Engagement, Betroffenheit oder gar moralische Entrüstung könnten solide historische Kenntnisse und eine sichere Anwendung historischer Methoden ersetzen. Unter geringstem Aufwand meint dieser oder jener Verfasser publikationswürdige Ergebnisse erzielen und dabei weittragende Urteile fällen zu können.

Laß mich dies am Beispiel einer Arbeit, wiederum von H.-G. Pott zeigen, die von Dir und anderen Mitgliedern des Arbeitskreises günstig beurteilt wurde. Es geht um Potts Aufsatz über das Kieler Institut für Weltwirtschaft (Info Nr. 4, S. 13-17), der doch wohl für sich in Anspruch nimmt,

von wissenschaftlicher Relevanz zu sein. M. E. weist der Aufsatz im Prinzip die gleichen methodischen und sachlichen Unzulänglichkeiten auf wie der Leserbrief. So zitiert der Verfasser - aus zweiter Hand! - die nackten Titel von Arbeiten, die Karl Schiller 1940 als Dozent des Instituts verfaßt hat. Diesen Titeln werden Kriegereignisse desselben Jahres gegenübergestellt, wobei sich unschwer ein Zusammenhang erkennen läßt. Offenbar ohne den Inhalt der Arbeiten geprüft zu haben und ohne - zum Beispiel - zu reflektieren, ob die Arbeiten als wissenschaftliche Flankierung für bereits gefällte politische/militärische Entscheidungen gedacht waren, oder benutzt wurden, wertet Pott Schillers Arbeiten als einen Nachweis dafür, "wie konkret sich die Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft auf die nationalsozialistische Kriegsstrategie auswirkte" (S. 15)!

Eine so leichtfertige Herleitung kann ich beim besten Willen nicht als einen Beitrag von wissenschaftlicher Relevanz betrachten. Hier wird im Gegenteil ein unverantwortliches Vor-Urteil über den "nachmaligen Wirtschafts- und Finanzminister und heutigen Bankier Karl Schiller" (S. 15) gefällt. Ich kann, mit Blick auf die Tendenz von Potts Leserbrief, nicht ganz ausschließen, daß für sein Urteil außerwissenschaftliche Gründe maßgebend gewesen sind.

Wie gefährlich Vorurteile sind, müßte doch gerade demjenigen klar sein, der sich mit der Wissenschaft im Dritten Reich befaßt hat. Gerade er müßte sich bemühen, jedes seiner Ergebnisse sorgsam methodisch zu entwickeln und umfassend sachlich zu begründen.

Auch Potts Begriffsapparat ist einer wissenschaftlichen Studie nicht angemessen. Begriffe wie "Nazi-Imperialisten", "Naziraubkrieg" (S. 16) oder "faschistischer Raubkrieg" (Leserbrief) lassen ein sachlich-kritisches Verhältnis zum Forschungsgegenstand nicht erkennen, eher einen ideologisch fixierten Zugriff auf Geschichte befürchten. - Bezeichnungen wie "illustrer Verein" (S. 14) für einen wissenschaftlichen Beirat, der sich anscheinend in den Dienst des Nationalsozialismus stellte, hat in einer Arbeit mit wissenschaftlichem Anspruch keinen Platz, weil er wohlfeile Polemik an die Stelle strenger Sachlichkeit setzt.

Mich wundert es, daß Du einen solchen Aufsatz trotz seiner offensichtlichen Mängel in das Info unseres Arbeitskreises aufgenommen hast. - Als Mitglied des AKENS unterstütze ich es natürlich, daß auch hier diejenigen zu Wort kommen, denen ein abgeschlossenes, solides Geschichtsstudium fehlt, oder die sich als historische Laien forschend betätigen. Ein Mindestmaß an Qualität aber sollten Arbeiten doch aufweisen, wenn ihre Veröffentlichung in Erwägung gezogen wird!

Ich hoffe, daß wir uns hierüber im Grundsatz einig sind. In diesem Sinne bin ich mit kollogialen Grüßen ...